

AIPA 3/2013

---

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik  
und Außenpolitik

Hauke Feickert

**Westliche Interventionen im Irak**

Die britische Irakpolitik (1914–1922) und  
die amerikanische Irakpolitik (2003–2009)  
im Vergleich



Lehrstuhl Internationale Politik  
Universität zu Köln

ISSN 1611-0072



AIPA 3/2013

---

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik  
und Außenpolitik

Hauke Feickert

**Westliche Interventionen im Irak**

Die britische Irakpolitik (1914–1922) und  
die amerikanische Irakpolitik (2003–2009)  
im Vergleich

ISSN 1611-0072

Lehrstuhl Internationale Politik  
Universität zu Köln, Gottfried-Keller-Str. 6, 50931 Köln

Redaktionelle Bearbeitung: Robert Fahrenhorst und Thomas  
Hartmann

Köln 2013



## Abstract

Im März 1917 stürzten britische Truppen eine autokratische Regierung in Bagdad. Entgegen vorheriger Versprechungen begann Großbritannien damit das Land nach eigenen Maßstäben umzubauen. Die Kosten der Okkupation führten schließlich dazu, dass Großbritannien die Verantwortung für das Land an lokale Eliten abgab, seine Militärpräsenz reduzierte und das Interesse am Aufbau einer fortschrittlichen Staatsordnung verlor. Diese Ereignisse schienen sich nach 86 Jahren mit der US-Irakpolitik zu wiederholen. Der vorliegende Artikel geht beiden Fällen mit der Methodik des Neorealismus nach und zeigt Parallelen und Unterschiede der westlichen Interventionen auf. Im Mittelpunkt steht dabei eine Akteursanalyse der innerstaatlichen Entscheidungsträger in London und Washington. Anhand ihrer Interaktion soll der Entscheidungsprozess während der Entwicklung und Umsetzung der Irakpolitik systematisiert werden. Mit einer symmetrisch verlaufenden Analyse beider Fälle soll die Basis für einen Vergleich gelegt werden, in dem Gemeinsamkeiten und Unterschiede betrachtet werden können. Der Vergleich der historischen Einzelfälle dient wiederum dem Gewinn fallübergreifender Analogien, die wiederkehrende Probleme von westlichen Interventionen benennen.

**Dr. Hauke Feickert** ist Lehrbeauftragter am Centrum für Nah- und Mittelost Studien der Universität Marburg. Für das deutschsprachige Orient-Magazin Zenith schreibt er regelmäßig über aktuelle Entwicklungen im Irak.



# **Inhalt**

<b>1</b>	<b>EINFÜHRUNG.....</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>DER THEORETISCHE HINTERGRUND .....</b>	<b>3</b>
<b>3</b>	<b>DIE BRITISCHE IRAKPOLITIK ALS ENTSCHEIDUNGS- PROZESS.....</b>	<b>8</b>
<b>4</b>	<b>DIE AMERIKANISCHE IRAKPOLITIK ALS ENTSCHEIDUNGSPROZESS .....</b>	<b>16</b>
<b>5</b>	<b>DIE KONSTELLATIONS-ANALYSE ALS VERGLEICH .....</b>	<b>25</b>
<b>6</b>	<b>SYNOPSIS.....</b>	<b>29</b>
<b>7</b>	<b>LITERATUR.....</b>	<b>33</b>





# **Westliche Interventionen im Irak**

## **Die britische Irakpolitik (1914–1922) und die amerikanische Irakpolitik (2003–2009) im Vergleich**

### **1 Einführung**

Vor zehn Jahren bereitete die Regierung von George W. Bush einen Krieg gegen den Irak vor, der das Land von der Diktatur Saddam Husseins befreien und eine demokratische Ordnung begründen sollte. Unter Historikern löste diese Absicht Erinnerungen an die Kolonisierung des Iraks durch das Britische Empire aus. So erklärte Charles Tripp von der School of Oriental and African Studies den britischen Mesopotamien-Feldzug zwischen 1914 und 1918 zum Präzedenzfall für die amerikanische Okkupation (Tripp 2003). Auch Großbritannien habe während des Ersten Weltkriegs versprochen, im Irak eine freie Ordnung aufzubauen. Dies sei jedoch so kostspielig und unpopulär geworden, dass London das Interesse am Aufbau eines fortschrittlichen Staates verlor. Michael Eisenstadt und Eric Mathewson vom Washington Institute for Near East Policy versammelten im Frühjahr 2003 ähnliche Wortmeldungen in einer Aufsatzsammlung (Eisenstadt und Mathewson 2003). Darin warnten Ofra Bengio, Abbas Kelidar, Peter Sluglett und Judith

Yaphe die US-Regierung vor idealistischen Kriegszielen, für die es im Irak und in der eigenen Öffentlichkeit keine dauerhafte Unterstützung gebe. Doch erst nach Kriegsbeginn wurde dem Thema mehr Aufmerksamkeit geschenkt, als klar wurde, dass viele Iraker die amerikanische Besatzung als Wiederholung der britischen Kolonialzeit empfanden. So wurde in militärwissenschaftlichen Arbeiten erstmals ein systematischer Vergleich der beiden Fälle unternommen (Williams 2004; Scudieri 2004). Als wichtige Parallelen erschienen dabei die Zerstörung bestehender Ordnungsstrukturen, die Unklarheit über die Neuordnung des Landes und der gewaltsame Widerstand. In der US-Armee führte das wachsende Interesse an der historischen Erfahrung schließlich zur Konsultation von Irakexperten wie Toby Dodge, der im Stab von General David Petraeus mitwirkte. In seinem Buch *Inventing Iraq* hatte Dodge zuvor kritisiert, dass die Amerikaner wie die Briten versuchten, die Machtstruktur des Landes nach eigenen Idealen neu zu ordnen (Dodge 2003). Fatalerweise missdeuteten beide dabei die Lage und schürten interne Machtkonflikte. Dagegen beschrieb Henner Fürtig vom German Institute of Global and Area Studies in einem vergleichenden Artikel, wie die Besatzungsmächte die Spaltung der Bevölkerung bewusst vorangetrieben hätten (Fürtig 2008). In der Diskussion um Parallelen wies der Irak-Historiker Peter Sluglett schließlich darauf hin, dass die Unterschiede zwischen den Fällen genauso aufschlussreich seien, wie die Gemeinsamkeiten (Sluglett 2008). So finde etwa der irakische Bürgerkrieg keine Entsprechung in der Vergangenheit. Andererseits schloss der Historiker, dass beide Interventionen in dem Land eine ähnlich autoritäre Grundstruktur hinterließen, in der die Staatsgewalt nicht in der Gesellschaft verwurzelt ist und eine demokratische Entwicklung unwahrscheinlich bleibt.

## 2 Der theoretische Hintergrund

Der vorliegende Artikel möchte die geschilderte Diskussion um Parallelen und Unterschiede aufnehmen, um wiederkehrende Probleme von westlichen Interventionen zu benennen. Die Betrachtung der Irakpolitik scheint dafür besonders gut geeignet zu sein, denn im Abstand von 89 Jahren versuchten die jeweiligen westlichen Hegemonialmächte im Persischen Golf den Irak mit Krieg und Besatzung zu einem regionalen Vorzeigestaat zu machen. Die darin angelegte Vergleichbarkeit birgt aber auch die Gefahr, dass äußerliche Gemeinsamkeiten überzeichnet und gegenwärtige Probleme in die Vergangenheit projiziert werden (Kornprobst 2007). Dem soll hier durch eine akteurszentrierte Analyse begegnet werden, mit der die Situativität und Subjektivität der Fallbeispiele im Blick behalten wird. Im Mittelpunkt steht somit die Interaktion der innerstaatlichen Entscheidungsträger in London und Washington während der Entwicklung und Umsetzung der Irakpolitik. Mit einer symmetrisch verlaufenden Analyse beider Fälle soll die Basis für einen Vergleich gelegt werden, in dem Gemeinsamkeiten und Unterschiede betrachtet werden können. Der Vergleich selbst soll dem Gewinn fallübergreifender Analogien dienen.

Methodisch ist die angestrebte Akteursanalyse zur Erforschung des innerstaatlichen Entscheidungssystems in das Gebiet der Außenpolitikanalyse einzuordnen (Hudson und Vore 1995). Dabei geht es um die Fragen, welche Akteure ihre außenpolitischen Vorstellungen durchsetzen können, welche Interessen und Wahrnehmungen eine Entscheidung prägen und welche Durchsetzungsstrategien akzeptiert werden. Doch für die Analyse der Irakpolitik ist auch die Einbeziehung des internationalen Systems von Interesse, vor dessen Hintergrund sich eine Entscheidung zur Außenpolitik ent-

wickelt und das auf den Verlauf ihrer Umsetzung zurückwirkt. Fachlich wird dieser Bereich von Analysen der Internationalen Politik erfasst (Donnelly 2000). Hier stehen Fragen nach der Ordnungsstruktur des Systems, nach strukturellen Konfliktgründen und Machtverschiebungen im Vordergrund. In der vorliegenden Arbeit soll eine Zusammenführung beider Forschungsgebiete – Außenpolitikanalyse und Analyse der Internationalen Politik – versucht werden. Das Interesse an einem solchen integrierenden Ansatz liegt in einem möglichst weiten Verständnis der Konzipierung und Wirkung der Irakpolitik. Eine solche Zusammenführung muss allerdings mit konträren Prämissen umgehen. So lehrt die Außenpolitikforschung, dass staatliches Verhalten nicht von den Strukturen des internationalen Systems determiniert ist, sondern stark von innenpolitischen Entscheidungen abhängt (Snyder et al. 1954; Sprout und Sprout 1965; Rosenau 1966). Umgekehrt halten Wissenschaftler aus der Internationalen Politik die Systemeinflüsse für ausschlaggebend (Morgenthau 1948; Waltz 1959).

Trotz dieses Konflikts hat das Interesse für Analysen, die beide Ansätze integrieren, zugenommen. Im Gebiet der Internationalen Politik hat die Theorie des Außenpolitischen Realismus mit dem Zweig des Neoklassischen Realismus einen Ansatz entwickelt, der die innerstaatliche Ebene in seine Forschung einbezieht (Rose 1998). Die neoklassischen Realisten betonen zwar weiterhin den prägenden Einfluss des internationalen Systems für die Wirkung von Außenpolitik, doch bleibt für sie das Verhalten von Staaten im konkreten Einzelfall ohne eine Analyse von innenpolitischen Faktoren unverständlich. In wegweisenden Arbeiten haben Jack Snyder, William Wohlforth und Fareed Zakaria die Bedeutung innerstaatlicher Eliten, Perzeptionen und Staatsstrukturen in der Gestaltung von Außenpolitik untersucht (Snyder 1991; Wohlforth 1993; Zakaria 1999). In neueren Schriften konnten Jeffrey

Taliaferro und Randell Schweller aufzeigen, dass eine im internationalen System adäquate Außenpolitik an innenpolitischen Erwägungen scheitern kann (Taliaferro 2004; Schweller 2006). Damit gelingt es den neoklassischen Realisten ein besseres Verständnis für die vormals als Blackbox behandelten innerstaatlichen Entscheidungsprozesse zu vermitteln. Dies beinhaltet gleichzeitig einen Bruch mit der vorangegangenen Theorie des Neorealismus, wie sie von Kenneth Waltz geprägt wurde (Waltz 1979). Aus seiner Theorie des Neorealismus hatte er die Analyse von Entscheidungsträgern und des innenpolitischen Systems ausgeschlossen, da sich Internationale Politik nicht mit diesen zwei Untersuchungsebenen verstehen lasse, sondern sich allein aus der dritten Ebene, dem Staatensystem mit seiner anarchischen Struktur, erschließe. Personen und die innerstaatliche Ordnung müssten sich in der Außenpolitik letztlich immer den Zwängen des Systems unterwerfen, um die eigene staatliche Existenz nicht zu gefährden. Die Staaten setzten ihre Machtmittel in diesem Sinn zweckrational ein. Damit sei ihr Verhalten weitgehend determiniert. Einen integrierenden Ansatz, wie ihn die neoklassischen Realisten anwenden, wies Waltz explizit zurück (Waltz 1996).

Doch Neorealismus war immer schon mehr als Waltz (Meier-Walser 2004). So entwickelte Gottfried-Karl Kindermann den Neorealismus der Münchner Schule (NRMS), der bereits in den 1970er Jahren die drei Ebenen der Analyse zusammenfasste (Kindermann 1977). Damit nimmt der NRMS einen Brückenschlag zwischen Außenpolitikanalyse und einer realistischen Analyse der Internationalen Politik vor. So entsteht Politik im Internationalen System für den Neorealisten Kindermann zwar weiterhin durch das Handeln von Staaten die miteinander in einem Interessenaustausch stehen. Doch erkennt Kindermann staatliche Interessen nicht als objektiv wirkende Systemzwänge der Internationalen Politik an. Vielmehr betont Kindermanns

Theorie innenpolitische Strukturen, Personen mit ihren Interessen und Wahrnehmungen sowie allgemein anerkannte Normen, um das Verhalten von Staaten zu erklären. Gleichwohl steht der NRMS, entgegen seiner Etikettierung als neorealistisch-strukturalistisch, inhaltlich nah bei Autoren des neueren neoklassischen Realismus. Über ihren integrierenden Ansatz hinaus, haben beide das Interesse an historischer Erfahrung gemein und erkennen die Bedeutung individueller Akteure für konkrete Außenpolitik neben dem prägenden Einfluss des Systems an. Beide sehen daher den Staat nicht in der Lage, rein rationale Überlebensentscheidungen auf der Basis von Machtkalkulationen zu fällen. Im Unterschied zum neoklassischen Realismus bietet der NRMS jedoch eine umfassende Methodik mit konstanten Analyseschritten an, während neoklassische Untersuchungen in ihrem Vorgehen variieren und immer nur Teilaspekte erfassen (Schweller 2003, S. 317–318). Im Zentrum des NRMS stehen die Entscheidungsprozess-Analyse und die Konstellations-Analyse. In Ersterer wird die Entwicklung und Durchsetzung einer außenpolitischen Entscheidung in sieben Phasen gegliedert. Dabei dominieren Faktoren der Außenpolitikanalyse. Zunächst werden jedoch der Kontext der Ausgangslage und die daraus hervorgehenden Ziele betrachtet (1. Ziel festlegung). Darauf folgen Abschnitte zu Perzeptionen und Interessen der Entscheidungsträger (2. Lagebeurteilung; 3. Entwicklung von Handlungsalternativen; 4. Entscheidung). Anschließend wird die Umsetzung der Entscheidung beschrieben (5. Entscheidungsausführung; 6. Entscheidungskontrolle; 7. Entscheidungskorrektur). In der zweiten Methode kann das Verhalten und die Interaktion der zu vergleichenden Akteure mit fünf Analyse kategorien untersucht werden. Diese sind im Einzelnen: 1) System und Entscheidung: Hier werden der Regierungsapparat, das Entscheidungssystem und die Entscheidungsträger analysiert. 2) Wahrnehmung und Wirklichkeit:

In diesem Punkt wird die Perzeption der Entscheidungsträger betrachtet und hinterfragt. 3) Interesse und Macht: Diese Kategorie analysiert die Interessen des Akteurs und seine Machtposition in Relation zur jeweiligen Gegenmacht. 4) Normen und Nutzen: In wie weit das Analyseobjekt den rechtlichen und moralischen Verpflichtungen nachkommt, wird in diesem Abschnitt betrachtet. 5) Kooperation und Konflikt: Hier wird das Verhalten des Akteurs danach beurteilt, ob er in der Internationalen Politik kooperativ oder konfliktreich, Status-Quo-orientiert oder expansiv handelt. Die fünf Kategorien lassen sich in der letztlichen Zusammenschau (Synopsis) zu einem multikausalen Gesamtbild verbinden.<sup>1</sup> Durch seinen umfassenden Ansatz, der in dem letzten Analyseschritt der Zusammenschau versinnbildlicht wird, wurde der NRMS auch als Synoptischer Realismus bezeichnet (Meier-Walser 2004).

Mit seiner Analysemethode verfolgt der NRMS bewusst das Ziel, historische Einzelfälle nach denselben Faktoren zu erschließen und so eine Vergleichbarkeit zwischen ihnen herzustellen. Aus der Gegenüberstellung solcher Fälle sollen dann wiedererkennbare allgemeine Typen politischen Handelns gewonnen werden (Siedschlag 2001, S. 36). Entsprechend scheint die Theorie für einen Vergleich der britischen und amerikanischen Irakpolitik besonders geeignet zu sein. Im Folgenden soll das Verhalten der Regierungsapparate in London und Washington in der Irakpolitik mit Hilfe dieser Methodik und unter Verwendung von Regierungsdokumenten, autobiographischen Zeugnissen und der Sekundärliteratur betrachtet werden. Beide Fälle werden dazu nacheinander als Entscheidungsprozess dargestellt und schließlich in der Konstellationsanalyse gegenübergestellt. Dabei ist festzu-

---

<sup>1</sup> Kindermann erweitert das System der Konstellationsanalyse später um den Punkt Struktur und Vernetzung, mit dem er die internationale Zusammenarbeit von Staaten und transnationale Verflechtungen behandelt (Kindermann 1986). Hier wird auf diesen Punkt verzichtet, da im Folgenden nur innerstaatliche Akteure betrachtet werden sollen. Zur Weiterentwicklung des NRMS vgl. auch Meier-Walser 2010.

halten, dass im historischen Vergleich keine Interaktion zwischen den Untersuchungsfällen betrachtet werden kann. So wird die Synopsis abschließend genutzt, um Parallelen und Unterschiede zu benennen.

### 3 Die britische Irakpolitik als Entscheidungsprozess

Am 5. November 1914 erklärte die britische Regierung unter Herbert H. Asquith dem Osmanischen Reich den Krieg. Knapp vier Monate nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Europa gerieten so auch die osmanischen Provinzen im heutigen Syrien und Irak in den Fokus des Konflikts. Bereits am Tag nach der Kriegserklärung landeten britische Streitkräfte, ausgehend vom Golfscheichtum Bahrain, überraschend im Südirak. Am 22. November zogen die Soldaten des Empires in der Provinzhauptstadt Basra ein. Damit intensivierte sich die Diskussion über die Kriegsziele im Mittleren Osten und die künftige Ordnung im Irak.

**1) Zielfestlegung:** Von einer Neuordnung des Mittleren Ostens war Großbritannien vor dem Krieg noch weit entfernt. Die Führer der liberalen Regierung, Premierminister Asquith, Außenminister Grey, Indienminister Crewe und der indische Vizekönig Hardinge vertraten die Ansicht, dass die osmanische Herrschaft in der Region fortbestehen sollte. Dies entsprach der pro-osmanischen Haltung, die das 19. Jahrhundert wesentlich prägte. Unter der Prämisse, das Gleichgewicht der europäischen Mächte zu wahren, halfen die Regierungen in London dem Kalifat in Istanbul dabei, französische und russische Expansionen abzuwehren. Gleichzeitig konnte England mit seiner Stützung der türkischen Herrschaft die See- und Landwege in Richtung Indien sichern. Zudem wurden gute Beziehungen zu den Kalifen geschätzt, um die Fügsamkeit der Muslime in eigenen Kolonien wie Ägypten und Britisch-



Indien zu erhalten. In ihrer Ansicht wurden Asquith, Grey, Crewe und Hardinge von lokalen Kolonialbeamten wie Lord Kitchener, dem Generalkonsul in Kairo, und Sir Percy Cox, dem Generalkonsul in Buschehr am Persischen Golf, bestärkt. Als die osmanische Marine im Oktober 1914 überraschend russische Häfen angriff, wurden die britischen Erwägungen jedoch entwertet. Nun ergaben sich die Ziele, die Osmanen zu besiegen, die Besitzungen des Empires im Mittleren Osten zu schützen und einem drohenden Dschihad des Kalifats zuvorzukommen.

**2) Lagebeurteilung:** Die Gefahr, die sich aus dem osmanischen Kriegseintritt ergab, wurde von lokalen Beamten in Kairo und Buschehr zunächst in der militärischen Bedrohung von Ägypten, den Golfscheichtümern sowie der Öl-Metropole Abadan am Persischen Golf gesehen. Doch wurde die militärische Auseinandersetzung als beherrschbar eingeschätzt, da die osmanische Armee als schwach galt. Zudem herrschte die Einschätzung vor, dass das Osmanische Reich durch innere Widerstände geschwächt werden würde. So verwiesen Beamte des Generalkonsulats in Kairo, wie Ronald Storrs und Gilbert Clayton auf die Opposition des Scherifs von Mekka gegen die Regierung in Istanbul (Fromkin 2001, S. 98). Experten aus dem Generalkonsulat in Buschehr, wie William Shakespeare und Gerard Leachman, betonten ihrerseits den Widerstand der Stämme gegen die osmanische Herrschaft (Morris 1987, S. 87). Gemeinsam forderten Kairo und Buschehr ein aktives Vorgehen gegen die Osmanen, was Aufstände ermutigen und in einen raschen Zusammenbruch des Reiches münden sollte. Würde das Empire hingegen zögern, befürchteten die Beamten in Kairo, dass es der osmanischen Regierung schließlich doch noch gelingen könnte, die innere Opposition zu zerschlagen und die Muslime aufzustacheln, „was bedeuten könnte, dass der Dschihad, der bisher ein Fehlschlag war, möglicherweise doch noch

Realität wird“ (Daly 1997, S. 222, eig. Übers.). In Indien, wo man lange einen Krieg mit dem Kalifat abgelehnt hatte, sah man dies ähnlich. Wenn Großbritannien nicht schnell handeln würde, könnte der Dschihad einen Flächenbrand entfachen. Dann „würden sich all unser Prestige und jahrelange Bemühungen in Luft auflösen und unsere Position am Golf würde prekär werden“ (Gholi Majd 2006, S. 61, eig. Übers.).

**3) Entwicklung von Handlungsoptionen:** In einer Denkschrift vom März 1915 empfahl Lord Kitchener dem Kabinett die arabischen Provinzen der Osmanen zu befreien und ein abhängiges Königreich zu errichten (Kitchener 1915). Wie in Ägypten könnte eine einheimische Regierung eingesetzt, aber indirekt durch britische Beamte kontrolliert werden. Als Oberhaupt des neuen Staates empfahl Kitchener den Scherif von Mekka, Husain Ibn Ali, der über religiöse Glaubwürdigkeit und über Verbindungen zu Nationalisten in Syrien und im Irak verfüge. Ihn gelte es zu unterstützen, um den bevorstehenden Dschihad der Osmanen zu schwächen und einen eigenen Aufstand gegen das Kalifat zu erzeugen. Langfristig ließen sich mit einem neuen Staat die Verbindungswege nach Indien verbessern, der Persische Golf sichern, die Region entwickeln und religiöser Fanatismus eindämmen. In Delhi hatte Lord Hardinge im Februar jedoch bereits ein Memorandum mit einer gegenteiligen Handlungsoption verfasst (Hardinge 1915). Hatte der Vizekönig zuvor von einem Krieg abgeraten, plädierte er nun für eine anglo-indische Kolonisierung des Iraks. Eine arabische Regierung hielt Hardinge dort nicht für möglich, denn es sei unklar, „wo die künftigen Elemente für eine solche indigene Verwaltung gefunden werden sollen“ (Hardinge 1915, eig. Übers.). Im Indienministerium stimmte man dem zu: Der Scherif von Mekka sei zu weit weg und die arabischen Nationalisten seien nicht mehr als

„Träumer oder Agitatoren und sind auf keinen Fall die Personen mit denen ein neuer Staat gegründet werden kann“ (Hirtzel 1914, eig. Übers.).

**4) Entscheidung:** Im Kabinett wurden beide Handlungsalternativen zunächst abgelehnt. Premierminister Asquith war sogar der Ansicht, „dass [...] es das Beste wäre, wenn wir am Ende des Krieges sagen könnten [...] wir haben nichts dabei gewonnen“ (Brock 1982, S. 300, eig. Übers.). Denn ein neues Kolonialgebiet wie der Irak würde Millionen verschlingen und unabsehbare Probleme mit sich bringen. In der Kabinettsitzung vom 19. März 1915 sprachen sich Kitchener und Indienminister Crewe dennoch für die Expansionsideen aus Kairo und Delhi aus. Obgleich Herbert Asquith seine Minister mit einer „Gruppe von Freibeutern“ verglich (Brock 1982, S. 469, eig. Übers.), berief er nun doch eine Kommission zur Ausarbeitung der Kriegsziele. Deren Präferenz für den Erhalt des Osmanischen Reichs wurde Ende 1915 wieder fallen gelassen, als in Verhandlungen mit Frankreich klar wurde, dass der Verbündete eine Aufteilung des Reichs erwartete. Im sogenannten Sykes-Picot-Abkommen versuchte Großbritannien schließlich alle Wünsche zu berücksichtigen. So wurden ein britisches Protektorat über den Irak und ein französisches Protektorat über Syrien vorgesehen. In beiden sollte aber keine direkte Kolonialherrschaft ausgeübt sondern Platz für eine arabische Selbstverwaltung gelassen werden. Eine Entscheidung darüber, wie und wann diese gebildet werden würde und welche Regierungsstelle dafür verantwortlich sein sollte, blieb jedoch aus.

**5) Entscheidungsausführung:** Im Außenministerium in London waren Beamte aus Kairo intensiv für eine Zusammenarbeit mit Scherif Husain. Nach einem Briefwechsel im Sommer 1915 sagte Außenminister Grey dem Scherif schließlich britische Hilfe für den Aufbau eines arabischen Staats zu. Die Zusage blieb jedoch vage. So wurde darauf verwiesen, dass im Irak eine

spezielle Regelung nötig sei. Nach den Verhandlungen wurde im Januar 1916 das Arabische Büro unter Gilbert Clayton gegründet. Als Dienststelle in Kairo hatte es den Anspruch, die britische Politik auch im Irak zu steuern. So wurden etwa die mit Husain kooperierenden Iraker, von denen sich viele in der Gruppe al-Ahd zusammengeschlossen hatten, unterstützt und an den Persischen Golf geschickt. Zusätzlich reisten Offiziere des Arabischen Büros in den Irak, unter ihnen Lawrence von Arabien, um dort für eine Zusammenarbeit mit al-Ahd zu werben. Derweil begann unter Husain ein offener Aufstand gegen die Osmanen. In Indien stießen alle diese Maßnahmen auf lautstarken Protest. Den Briefwechsel mit Scherif Husain bewertete Lord Hardinge als „sehr gefährliche Korrespondenz“ (Fromkin 2001, S. 106, eig. Übers.). Man wolle kein arabisches Königreich sondern „ein schwaches und uneiniges Arabien“ (Busch 1971, S. 62, eig. Übers.). Die Agitation für Husain wurde am Persischen Golf verboten und Agenten von al-Ahd verhaftet. Den Ratschlägen von „verträumten Orientwissenschaftlern“ (Westrate 1992, S. 51, eig. Übers.) aus dem Arabischen Büro erteilte man eine Abfuhr. Stattdessen begann im Südirak unter Sir Percy Cox und Beamten aus dem Generalkonsulat Buschehr der Aufbau einer Fremdherrschaft. Die indische Rupie wurde als Zahlungsmittel eingeführt, das indische Zivilrecht hielt Einzug und britische Offiziere leiteten die Verwaltung. Gerechtfertigt wurde dies damit, dass die osmanischen Beamten geflüchtet und die Provinz massiv geplündert worden war. Die Bevölkerung verhielt sich abwartend und selbst die Stämme schlossen sich nicht den siegreichen Briten an. Im Gegenteil wurden Soldaten hinterrücks angegriffen (Moberly 1923, Vol.I, S. 126). Diese Erfahrungen wiederholten sich, als es im März 1917 nach großen Opfern gelang Bagdad einzunehmen. Zwar wurde in der Stadt rasch für Ordnung gesorgt, doch in der Umgebung gab es weiterhin Strafexpeditionen gegen „aggressive

Stämme“. Anfang 1918 übernahm Arnold Wilson die Zivilverwaltung. Wilson befürwortete eine wohlwollende Kolonisierung des Landes und trieb die Ausweitung der Verwaltung voran. Zwischen 1917 und 1920 stieg das britische Personal dadurch von 59 auf 1.022 Personen (Marr 1985, S. 32). Das restliche osmanische Personal wurde hingegen verringert. Wilson begründete dies mit ihrer geringen Kompetenz und mangelndem Rückhalt in der Bevölkerung. In den Städten wurden die osmanischen Räte aufgelöst und britische Beamte eingesetzt. Auf dem Land unterstützte Wilson hingegen den Machtanspruch der Scheichs. Auch der schiitischen Geistlichkeit wurden Zugeständnisse gemacht. Diese Machtverschiebungen führten rasch zu Unruhe. Doch für Wilson bestätigten die Wiederbelebung des Handels und die Steigerung der Steuereinnahmen die Effizienz seiner Verwaltung.

**6) Entscheidungskontrolle:** In London stieß die Okkupation auf Ablehnung. Schon nach der Einnahme von Bagdad hatte die neue Koalitionsregierung unter David Lloyd George offiziell verkündet, man sei kein Eroberer sondern ein Befreier (Moberly 1923, Vol.IV, S. 404). Entsprechend wurde befohlen, eine arabische Selbstverwaltung aufzubauen. Unter dem Eindruck der 12-Punkte-Erklärung von US-Präsident Woodrow Wilson wurde diese Präferenz bei Kriegsende erneuert. Doch vor Ort wies man dies mit Sachargumenten immer wieder ab: Die bestehenden Staatsstrukturen seien völlig zusammengebrochen und es gebe kein geeignetes Personal. Dem wurde in Kairo widersprochen. Gilbert Clayton erklärte, unter den Kämpfern von Scherif Husain sei über ein Drittel aus dem Irak. Ein rascher Machttransfer sei daher machbar (Clayton 1919). Diese Möglichkeit stieß in Indien erneut auf Ablehnung. Der Scherif sei eine Person, „die im Irak kein Gewicht besitzt“ und sein Gefolge sei für die Verwaltung ungeeignet (Sluglett 2007, S. 18, eig. Übers.). Arnold Wilson wies darauf hin, dass es unter ihnen nur sun-

nitische Araber gäbe, so dass ihre Machtübernahme die Shiiten ausgrenzen würde. Eine Regierung nach dem Wunsch Kairos sei somit „das Gegenteil von einer demokratischen Regierung“ (Wilson 1919, eig. Übers.). Im Indienministerium stimmte man Wilson zu: „Der aufgeklärte und fortschrittliche Araber, den die Enthusiasten uns glauben machen wollen, ist in Bezug auf Mesopotamien eine bloße Fiktion“ (Sluglett 2007, S. 23, eig. Übers.). Dennoch wurde Wilson im Juni 1920 angewiesen eine arabische Regierung einzurichten.

**7) Entscheidungskorrektur:** Die Festlegung des Kabinetts auf das indirekte Herrschaftskonzept kam jedoch zu spät, um einen landesweiten Aufstand zu verhindern. Im Juli verursachte die Inhaftierung eines Scheichs eine Stammesrevolte am Euphrat, die sich rasch ausbreitete. Anfang August rief die schiitische Geistlichkeit zum Dschihad gegen die Briten auf. Mitte des Monats waren große Teile des Landes in Aufruhr. Bis zur Wiederherstellung der Kontrolle im Februar 1921 mussten die Besatzungstruppen über 900 Tote sowie über 1000 Verwundete hinnehmen. Die Aufständischen zählten zwischen 8000 und 9000 Opfer (Busch 1971, S. 408–409). Doch auch nach dem offiziellen Ende des Aufstands wurden weitere Strafexpeditionen gegen Stämme unternommen und ab Mai 1921 ging die Kontrolle über Kurdistan verloren, wo die Kämpfe gut zwei Jahre anhielten. Auf der Suche nach Gründen für den Aufstand erklärte Arnold Wilson die arabischen Nationalisten für hauptverantwortlich. Ihr Werben habe die Anarchie unter den Stämmen und den Fanatismus unter der Geistlichkeit angestachelt. Auf britischer Seite hätten die Demobilisierung von Soldaten und die politische Unklarheit negativ gewirkt. Mit ihrer hohen Effizienz könnte sich auch die Zivilverwaltung selbst unbeliebt gemacht haben. Wilson sah seine eigene Schuld darin, „dass ich den Fehler gemacht habe, nicht drastischer mit prominenten Agita-

toren zu verfahren“ (Montague 1920a, eig. Übers.). Aus Kairo konstatierte hingegen Lawrence von Arabien, der Grund für den Aufstand läge in der Fremdbesatzung an sich (Paris 1998, S. 788). Trotz der materiellen Kosten und der massiven öffentlichen Kritik an seiner Orientpolitik machte Premierminister David Lloyd George im Juni 1920 klar, dass ein Rückzug für ihn nicht in Frage komme: „Es wird gesagt: Wir hätten abziehen sollen. Wer oder was hätte unseren Platz eingenommen? Chaos in der einen oder anderen Form. Es gab keinen Staatsapparat. Wir zerstörten den türkischen Staatsapparat. [...] Es hätte Bürgerkrieg gegeben“ (Montague 1920b, eig. Übers.). Am 31. Dezember 1920 entzog der Premier dem Außen- und Indienministerium die Zuständigkeit für den Irak und beauftragte Kolonialminister Winston Churchill mit einer Neuformulierung der Irakpolitik. Dieser brachte im März 1921 die Kontrahenten aus Ägypten und Indien auf einer Konferenz zusammen. Dort wurde vereinbart, dass im Irak eine abhängige Monarchie unter Prinz Feisal, dem Sohn von Scherif Husain, etabliert und militärisch gestützt werden würde. Zwischen dem Machtanspruch der neuen sunnitischen Staatselite um Feisal und den Autonomieinteressen der Kurden, der Stammesbevölkerung und der schiitischen Geistlichkeit sollten britische Berater vermitteln. Ihre Aufsicht wurde 1922 in einem anglo-irakischen Vertrag festgelegt.

**8) Ausblick:** In den 20er Jahren setzte die irakische Regierung die britischen Finanz- und Militärhilfen zunehmend gegen die eigene Bevölkerung ein, um ihre Vorstellung eines modernen Zentralstaats durchzusetzen. Bereits 1923 inhaftierte sie führende Repräsentanten der schiitischen Geistlichkeit. Den kurdischen Gebieten verweigerte Bagdad die Selbstverwaltung, was 1931 zu einem Aufstand führte. Im selben Jahr ging die neue, sunnitisch-dominierte Armee gegen ein Bündnis aus Stämmen und schiitischen Oppositionsparteien vor. Die politische Macht konzentrierte sich nun bei sunniti-

schen Vertrauten des Monarchen und nahm deutlich oligarchische Züge an. Trotz der inneren Konflikte gewährte London 1932 offiziell die Unabhängigkeit. Kurz darauf steigerten sich Anfeindungen gegen die assyrische Bevölkerungsminderheit zu einem Massaker. Im selben Jahr folgte der erste Militärputsch in einem arabischen Land. Nach einem pro-deutschen Umsturz 1941 mussten die Briten den Irak erneut besetzen. Die wiederhergestellte Monarchie wurde schließlich 1958 in einem weiteren Putsch blutig gestürzt.

#### **4 Die amerikanische Irakpolitik als Entscheidungsprozess**

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verkündete US-Präsident George W. Bush einen weltweiten Krieg gegen den Terror in dem die Urheber der Angriffe zur Verantwortung gezogen werden würden. Als Gegner identifizierte er die Dschihadisten um Osama Bin Laden und Staaten, die sein Netzwerk al-Qaida unterstützten. Dazu zählte zuerst Afghanistan, wo sich Bin Laden selbst aufhielt. Doch bereits in der Kabinettsitzung vom 12. September geriet der Irak als möglicher Helfershelfer in den Blick. Am 16. September zeigte sich Präsident Bush zwar von der Mittäterschaft des Iraks überzeugt, forderte aber zunächst Beweise für dessen Beteiligung (Woodward 2003, S.99). Zwei Monate später ordnete Bush an, einen möglichen Krieg mit dem Irak vorzubereiten (Woodward 2004). Damit begann die Diskussion über einen Angriff und die Nachkriegsplanung für den Irak.

**1) Zielfestlegung:** Im Wahlkampf hatte Bush zwar eine neue Initiative angekündigt, um den Irak zur Offenlegung seiner atomaren, biologischen und chemischen Rüstungsprogramme und Waffenbestände zu zwingen, die das Land gemäß des Waffenstillstands von 1991 zerstören sollte. Doch in der



Zeit zwischen seiner Amtseinführung im Januar 2001 und dem 11. September entwickelte sein Regierungsteam keine gemeinsame Strategie gegen Bagdad. Bushs außenpolitische Berater, Außenminister Powell und Sicherheitsberaterin Rice befürworteten die Fortsetzung der langjährigen Sanktionspolitik und warnten davor, das bestehende Bündnissystem in der Region zu gefährden, mit dem der westliche Einfluss von Ägypten und Saudi-Arabien bis zu den Golfscheichtümern gesichert wurde. Diese Ordnung hatten die USA zur Eindämmung Russlands während des Kalten Kriegs entwickelt. Nach 1989 diente es vor allem zur Sicherung der Ölexportländer am Persischen Golf. Dagegen forderte Verteidigungsminister Rumsfeld den Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein. Dies würde ein abschreckendes Beispiel für Regime mit Massenvernichtungswaffen setzen. Neokonservative Politiker um Vizepräsident Cheney ergänzten, der Sturz des irakischen Regimes könnte die Stagnation und den Fundamentalismus im gesamten Mittleren Osten beenden, da dies den arabischen Widerstand gegen Israel schwächen und einen Hauptsponsor von islamistischen Terroristen beseitigen werde (Keller 2008, S. 169–174). Präsident Bush griff erst nach 9/11 in die Diskussion ein. Vorstellungen seiner Berater aufnehmend, formulierte er nun die Ziele, islamistische Terrornetzwerke zu zerstören, ihre staatlichen Förderer zur Rechenschaft zu ziehen und demokratische Reformen im Mittleren Osten anzustoßen, um religiösen Fundamentalismus zu schwächen.

**2) Lagebeurteilung:** Diese Ziele rückten bald den Irak in den Fokus der amerikanischen Anti-Terror-Politik. Denn in Washington waren sich Bush, Cheney, Rumsfeld und Rice darin einig, dass die Regierung in Bagdad den Terror von al-Qaida unterstützt hatte oder zumindest künftig unterstützen würde (Feickert 2012a). Diese Sichtweise wurde zwar nicht von den Geheimdiensten getragen. Doch verbreiteten Paul Wolfowitz und Douglas Feith

als führende Beamte im Verteidigungsministerium die Ansicht, der Irak habe bereits 1993 einen Anschlagversuch auf das World Trade Center unternommen und sei auch für eine mit Anthrax verseuchte Briefserie von 2002 verantwortlich. Für sie galt der irakische Diktator Saddam Hussein als langjähriger Terrorpate, der „enorme geopolitische Ambitionen demonstriert“ habe und darauf abziele „der neue pan-arabische Führer zu werden“ (DoD 2002, eig. Übers.). Sollten die USA nicht handeln, könnte Saddam Hussein sein Bündnis mit Dschihadisten intensivieren und ihnen sogar Massenvernichtungswaffen (MVW) für Angriffe zur Verfügung stellen. Zudem könnte der Irak auch direkt „unsere Bündnispartner angreifen und versuchen, die Vereinigten Staaten zu erpressen“ (Bierling 2010, S. 37). Das Pentagon verlangte daher mit einem Blitzfeldzug präventiv gegen den Irak vorzugehen. Die Iraker würden das verhasste Regime rasch aufgeben. Im Außenministerium hielt Colin Powell die skizzierten Gefahren hingegen für rein hypothetisch. Für den Minister blieb der Irak „ziemlich schwach“ (Keller 2001, eig. Übers.). Ende 2002 gab sich jedoch auch Powell überzeugt. Obgleich sich alle Anschuldigungen später als falsch herausstellten erklärte er dem UN-Sicherheitsrat, der Irak besitze und entwickle MVW und halte Kontakt zu Terroristen: „Saddam Hussein noch ein paar Monate oder Jahre im Besitz von Massenvernichtungswaffen zu lassen ist keine Option, nicht in einer Welt nach dem 11. September“ (Bierling 2010, S. 62).

**3) Entwicklung von Handlungsoptionen:** Unmittelbar nach dem 11. September forderte Donald Rumsfeld dazu auf, Saddam Hussein als mutmaßlichen Terrorpaten von al-Qaida zu stürzen (Feith 2008, S. 50, 82). Dazu sollte die irakische Opposition um den demokratischen Exilpolitiker Ahmed Chalabi militärisch unterstützt werden. Eine neue Regierung unter Chalabi sollte demokratische Reformen anstoßen und eine Allianz mit den USA be-

gründen (Roston 2008, S. 134–137). Zudem würde eine schnelle Machtübergabe eine längere US-Besatzung mit Nation-Building-Aufgaben verhindern. Es wurde erwartet, dass ein demokratischer Irak einen regionalen Transformationsprozess auslösen würde, der den islamischen Fanatismus schwächen und eine pro-westliche Entwicklung fördern würde. Dagegen lehnte Außenminister Powell einen Krieg zunächst ab. Auch die Exiliraker wurden in seinem Ministerium kritisch gesehen, da sie zerstritten seien und im Irak völlig unbekannt. Die Diplomaten insistierten, dass für den Fall eines Regimewechsels „externe Akteure allein keine glaubwürdige Übergangsregierung bilden können“ (Feith 2008, S. 256, eig. Übers.). Ein schneller Machttransfer sei daher unmöglich. Stattdessen prophezeite das Ministerium, dass der Sturz Saddam Husseins eine „mehrjährige Übergangsperiode zum Aufbau demokratischer Institutionen“ erzwingen werde (Feith 2008, S. 277–278, eig. Übers.). Angesichts dieser kostspieligen Perspektive riet Colin Powell dem Präsidenten die UNO in die Irakpolitik einzubinden (Powell 2012, S. 209–211).

**4) Entscheidung:** Im Sommer 2002 stritten Wolfowitz und Vizeaußenminister Richard Armitage im Kabinett aggressiv über die gegensätzlichen Handlungsoptionen ihrer Ministerien. Als Vermittlerin versuchte Sicherheitsberaterin Rice beide Optionen zu verbinden (Feith 2008, S. 283). Ohne die Unvereinbarkeiten der Konzepte zu beachten, sprach sie sich in einem Brückenpapier für einen Militäreinsatz unter UN-Mandat aus, auf den die schnelle Machtübergabe an Exiliraker und interne Eliten folgen sollte. Deren Arbeit müsste durch eine mehrjährige Truppenstationierung gestützt werden. Präsident Bush folgte diesem integrierenden Ansatz als er dem Pentagon zum Ende des Jahres und nach dem Scheitern der UN-Unterstützung die alleinige Verantwortung für die Irakpolitik zusprach, gleichzeitig aber

die Bedenken des Außenministeriums gegen das Konzept eines raschen Machttransfers an die Exiliraker übernahm: „Die irakische Bevölkerung hat so unter Saddam Hussein gelitten, dass sie diejenigen ablehnen wird, die sich während Saddams Herrschaft außer Landes aufhielten“ (Woodward 2003, S. 340, eig. Übers.). Das Verteidigungsministerium versuchte nun das eigene Konzept über eine Abwandlung zu retten. Danach sollte die Macht sofort an eine irakische Übergangsverwaltung (IIA) übergehen, an der interne Eliten beteiligt wären, in der aber weiterhin die Exiliraker überwiegen würden. Der Präsident wurde am 10. März 2003 über das IIA Konzept informiert, traf jedoch keine Entscheidung über dessen Durchsetzung.

**5) Entscheidungsausführung:** Am 21. März 2003 begann das US-Militär den Angriff auf den Irak. Bereits zwei Wochen später gelang die Eroberung von Bagdad. Zur gleichen Zeit ließ das Verteidigungsministerium Ahmed Chalabi und eine Brigade seiner Freien Irakischen Armee in das Land einfliegen (Phillips 2005, S. 136). Der Beauftragte für die Umsetzung des IIA-Konzepts, General Garner, wurde gedrängt, Chalabi bevorzugt zu behandeln. Zudem instruierte ihn das Pentagon die Suche nach internen Eliten für die IIA kurz zu halten. Garner versuchte nun in aller Eile drei Konferenzen abzuhalten, auf denen externe und interne Kräfte vereint werden sollten. Doch auf den Konferenzen fanden beide nicht zueinander. Für Ahmed Chalabi blieb jede Resonanz in der Bevölkerung aus. Am 8. Mai gestand Donald Rumsfeld ein, dass die Exiliraker zu schwach seien um eine fortschrittliche Ordnung durchzusetzen (Dobbins 2009, S. 40). Auch Vizepräsident Cheney bemerkte: „Wir sind noch nicht an den Punkt gelangt, an dem die Leute, die wir wollen, aufsteigen können“ (Ricks und DeYoung 2008, eig. Übers.). Dies bestätigte die Sicht des Außenministeriums. Dort hoffte man, dass auf den gescheiterten Versuch eines raschen Machttransfers eine direkte

Kontrolle folgen würde, in der die USA mit Hilfe der UNO eine repräsentative irakische Regierung aufbauen würden. Am 12. Mai übernahm daher die CPA (Übergangsverwaltung der Koalition) die Verwaltung des Iraks. Dabei musste sie mit verheerenden Plünderungen, der Zerstörung der Infrastruktur, der Paralyse des Staatsapparats und der steigenden Kriminalität umgehen. Diese Bedingungen trugen dazu bei, dass die Bevölkerung den Amerikanern mit Skepsis und Verbitterung begegnete. In dieser Stimmung wurden bald Überfälle auf US-Soldaten gutgeheißen. Das Militär reagierte darauf mit Massenverhaftungen und Sippenhaft (Cockburn 2006, S. 142; Ricks 2006, S. 232–238). Zum Leiter der CPA wurde Paul Bremer ernannt, der eine längere Besatzung zum Aufbau von demokratischen Strukturen befürwortete. Für seine ambitionierten Reformen erhöhte Bremer die Zahl der US-Beamten von knapp 300 auf rund 800 Personen (Dobbins 2009, S. 8, 245). Der irakische Staatsapparat wurde hingegen verkleinert und durch das Verbot der gestürzten Baath-Partei sowie der Auflösung der Sicherheitsdienste und des Militärs politisch gesäubert. Die „Entbaathifizierung“ setzte sich in Wirtschaft, Medien und Wissenschaft fort. Als neue nationale Vertretung bildete die CPA den Irakischen Regierungsrat, der vorwiegend aus Exilirakern bestand und proportional aus 13 Schiiten, 5 Sunniten, 5 Kurden und je einem Christen und Turkmenen gebildet wurde. Auch lokale Vertretungen wurden nach dem ethnisch-religiösen Proporz ernannt. Reale Machtbefugnisse gestand die CPA den neuen Gremien aber nicht zu. Die Maßnahmen provozierten Demonstrationen auf denen direkte Wahlen und ein US-Abzug verlangt wurden.

**6) Entscheidungskontrolle:** Die Proteste ließen in Washington erneut Zweifel an einer längeren Okkupation aufkommen. George W. Bush hatte versprochen, den Irakern beim Aufbau einer freiheitlichen Ordnung zu hel-

fen. Nun fragte der Präsident: „Wie sind wir in der Frage, ob die Iraker Wahlen abhalten dürfen oder nicht, auf die falsche Seite gekommen?“ (Woodward 2006, S. 229). Aus Bagdad erklärte Bremer dazu, die Umsetzung von direkten Wahlen sei schwierig. In frühen Wahlen könnten leicht unrepräsentative, aber gut organisierte Kräfte siegen. Als Ausweg drängte das Pentagon darauf, die Macht an den Irakischen Regierungsrat zu übergeben. Paul Bremer wies dies zurück, da die Politiker im Rat so zerstritten wie inkompetent seien und ihre Ermächtigung „Chaos oder Bürgerkrieg“ riskiere (Bremer 2006, S. 171, 205, eig. Übers.). Aus seiner Sicht müsse zunächst eine Verfassung erarbeitet werden, „um die politischen Strukturen zu formen und die Bürgerrechte und Minderheitenrechte zu garantieren“ (Bremer 2006, S. 205, eig. Übers.). Rückendeckung bekam der Zivilverwalter von Außenminister Powell. Doch im Weißen Haus schwand die Unterstützung für die Okkupation. Bereits im November kam das Kabinett überein, dass die CPA zum 30. Juni 2004 aufgelöst und von einem indirekt gewählten, parlamentarischen Regierungssystem ersetzt werden sollte. Doch auch diese Lösung stieß im Irak auf Ablehnung. Daher wurde im Januar 2004 die UNO hinzugezogen, die versprach, eine irakische Übergangsregierung zu bilden und reguläre Parlamentswahlen durchzuführen.

**7) Entscheidungskorrektur:** Während UNO und CPA gemeinsam die Bildung einer Übergangsregierung vorantrieben, entglitt den USA die militärische Kontrolle. Im März 2004 lösten Hausdurchsuchungen in Falludscha einen Aufstand aus, dem sich auch andere sunnitische Städte anschlossen. Gleichzeitig trug die schiitische Miliz des Klerikers Muktada al-Sadr die Rebellion in den Südirak. In der Bekämpfung des Aufstands akzeptierten die USA die Vermittlung schiitischer Geistlicher, die im Juni eine Waffenruhe im Süden herbeiführten. Dagegen konnte Falludscha erst im November zurück-

erobert werden. Am Jahresende mussten die US-Streitkräfte 848 Gefallene und 7.989 Verwundete verzeichnen (Cockburn 2006, S. 166). Etwa 6800 Aufständische wurden getötet. Insgesamt erlitten 11.428 Zivilisten einen gewaltsamen Tod (Iraq Body Count 2012). In seinem Rückblick erkannte Paul Bremer im Einfluss von Baath-Anhängern und Islamisten den Hauptgrund für die Gewalt im Irak. Sie hätten die Bevölkerung gegen die CPA aufgehetzt und Milizen gegründet. Trotz seiner Appelle habe man darauf nicht reagiert. Seinerseits sei er selbst zu langmütig mit Aufrührern verfahren. Seine Reformen hätten hingegen dabei geholfen, die Probleme zu verringern. Im Pentagon kritisierte Douglas Feith die CPA hingegen als größten Beitrag zur Destabilisierung (Feith 2008, S. 516). Die direkte Kontrolle der CPA endete mit dem Machttransfer an eine Regierung, die vorwiegend aus vertrauten schiitischen und kurdischen Exilirakern bestand. Ihre Dominanz wurde 2005 in freien Wahlen bestätigt. Damit einher gingen jedoch der Wahlboykott eines Großteils der sunnitischen Bevölkerung und Gewalttaten gegen die schiitische Gemeinde. Im Sommer 2006 schlugen schiitische Milizen schließlich willkürlich gegen sunnitische Zivilisten zurück, was die Opferzahlen auf 100 Tote pro Tag schnellen ließ (Cockburn 2006, S. 199). In Amerika erhöhte der Bürgerkrieg den Druck, die US-Soldaten aus dem Irak abzuziehen. Dementgegen gab Präsident Bush zu bedenken: „Wenn wir die Straßen Bagdads verlassen, bevor die Arbeit getan ist, werden wir die Terroristen in unseren eigenen Städten bekämpfen müssen“ (Bush 2006, eig. Übers.). Bush mahnte dazu den eingeschlagenen Kurs zu halten, bis sich die irakische Demokratie selbst verteidigen könnte. Dennoch beauftragte er seinen Sicherheitsberater, Steven Hadley, mit einer Neufassung der Irakpolitik. Aus dem Verteidigungs- und dem Außenministerium erhielt Hadley dabei die Empfehlung, die USA sollten sich zurückhalten und die Irakisierung des Konflikts hin-

nehmen (Woodward 2009, S. 230–236). Hadley selbst favorisierte stattdessen ein stärkeres Engagement. Dem schloss sich der Präsident im Dezember 2006 an (Woodward 2009, S. 269, 283). Die USA sollten mit zusätzlichen Soldaten in den Bürgerkrieg eingreifen und die Bevölkerung schützen. Gleichzeitig müsste der irakische Premier Nuri al-Maliki überzeugt werden, Sunniten in seine schiitisch-kurdische Koalition aufzunehmen, um eine nationale Einheitsregierung zu bilden. Die USA würden langfristig engagiert bleiben, was 2009 durch einen amerikanisch-irakischen Vertrag geregelt werden sollte.

**8) Ausblick:** Dem US-Militär gelang es 2007/2008 die Gewalt einzudämmen und aufständische Sunniten auf ihre Seite zu ziehen. Die US-Diplomaten nutzten diese Entwicklung, um von Premierminister Maliki eine Aussöhnung zwischen Schiiten und Sunniten zu verlangen. Doch der Premier blieb eine entscheidende Versöhnung schuldig. Dennoch beugte sich Washington 2009 vorzeitig irakischen Forderungen nach einem Ende der US-Präsenz im Irak. Entgegen seiner ursprünglichen Intention regelte der bilaterale SOFA-Vertrag den Abzug aller amerikanischen Truppen. Seitdem weitete Premierminister Maliki seinen persönlichen Einfluss aus und restaurierte den autoritären Zentralstaat. Trotz der politischen Instabilität zogen Ende 2011 alle Soldaten aus dem Irak ab. Seitdem bestimmen dort aggressive Machtkämpfe die Politik, während die Bevölkerung die Ineffektivität der neuen Ordnung beklagt.



## 5 Die Konstellations-Analyse als Vergleich

### (1) System und Entscheidung

Großbritannien: Bei Kriegsbeginn hielt die liberale Partei gemeinsam mit unabhängigen Abgeordneten die Mehrheit im Parlament. Bereits seit 1906 bestimmte sie die Regierung, die ab 1911 von Herbert H. Asquith geführt wurde. Als Premierminister gab er seinen Ministern die politische Leitlinie vor, hielt sich aber mit Anweisungen zurück, da die Regierungsmitglieder ihre Bereiche traditionell autonom führten. Eine Koordination fand nur in temporären Komitees statt. Erst in der zweiten Kriegshälfte stärkte David Lloyd George die Kontrolle des Premierministers indem er die Weisungsbefugnis seines Sekretariats und ständige interministerielle Ausschüsse durchsetzte.

USA: Mit seiner Amtseinführung im Januar 2001 erhielt George W. Bush für vier Jahre umfangreiche Vollmachten. So steht der US-Präsident der Exekutivgewalt vor, die er unabhängig vom Parlament leitet. Zur Koordination der Außenpolitik stehen ihm der Sicherheitsberater und der Mitarbeiterstab des Nationalen Sicherheitsrats (NSC) zur Verfügung. Diese Instrumente ließ George W. Bush jedoch zunächst ungenutzt. So ließ er den Ministerien zunächst freie Hand, griff in Streitigkeiten nicht ein und mied Entscheidungen. Erst ab 2004 stärkte er die Kontrolle des NSC, die auch in seiner zweiten Amtszeit anhielt.

### (2) Wahrnehmung und Wirklichkeit

Großbritannien: Die britische Regierung wurde 1914 von Politikern geführt, deren Expertise vor allem in der Innenpolitik lag. Ihre Wahrnehmung des Mittleren Ostens wurde daher von bekannten Konflikten der Vergangenheit, wie dem Mahdi-Aufstand im Sudan oder dem Sepoy-Aufstand in Indien ge-

prägt. Diese Ängste wurden durch Berichte aus Kairo und Buschehr über einen möglichen Dschihad des Kalifats bekräftigt. So könnten Islamisten aus dem osmanischen Irak heraus unterstützt werden, um Aufstände in Arabien, Persien und Britisch-Indien anzuzetteln. Zur Abschreckung sollte möglichst schnell militärische Stärke demonstriert werden. In Realität nutzten die Kolonialbeamten aber die Gefahr eines Dschihads, um eigene Expansionswünsche zu begründen.

USA: In der US-Regierung arbeiteten Personen mit großer sicherheitspolitischer Erfahrung, die jedoch unterschiedlich auf den 11. September reagierten. Die Verantwortlichen im Verteidigungsministerium nahmen Saddam Hussein schon seit Jahren als Gefahr für die Stabilität des Mittleren Ostens wahr. Ihre Berichte zeichneten das Bild, dass der Diktator Dschihadisten unterstützen und mit Massenvernichtungswaffen ausstatten könnte. Diese beängstigende Bedrohung könnte jedoch militärisch leicht beseitigt werden. Im Außenministerium wies man hingegen darauf hin, dass eine akute Gefahr nicht erwiesen sei. Doch nach 9/11 konnte sich das Pentagon mit seiner Perzeption durchsetzen, die letztlich den Sturz eines langjährigen Gegners rechtfertigte.

### **(3) Interesse und Macht**

Großbritannien: Die britische Regierung setzte sich 1914 das Ziel, ihren Besitz im Mittleren Osten zu schützen. Für dieses Leitinteresse gestattete Premierminister Asquith Hilfsleistungen an die arabische Nationalbewegung, die eine Selbstverwaltung anstrebte. Gleichzeitig genehmigte er den Feldzug und die Besatzung im Irak. Danach versuchten Kairo und Delhi gleichzeitig ihre potentiellen Interessen umzusetzen. So warben Kitchener, Clayton und Lawrence für eine informelle Kontrolle, die sie als kostengünstig und koope-

rativ stilisierten. Dagegen trieben Hardinge, Cox und Wilson die Kolonisierung des Iraks voran, deren autokratische Maßnahmen und hohe Kosten das liberale Kabinett aber abschreckten. Doch erst 1920 wurde eine arabische Regierung etabliert, mit der die Modernisierung des Landes kooperativ gestaltet werden sollte.

USA: Nach dem 11. September definierte die amerikanische Regierung das Leitinteresse, weitere Terroranschläge, womöglich mit MVW, zu verhindern. Dafür sollte Saddam Hussein als aktueller oder künftiger Terrorpate mit einem Blitzkrieg ausgeschaltet werden. Gleichzeitig ordnete Präsident Bush an, im Irak eine Demokratie aufzubauen. Entgegen dieser Entscheidung versuchten Rumsfeld, Wolfowitz und Feith aber ein längeres Engagement zu verhindern und stattdessen einen kostengünstigen und liberalen Machttransfer an die Exiliraker durchzusetzen. Dagegen hielten Powell und Armitage eine mehrjährige US-Kontrolle für unausweichlich, für die sie die Einbindung der UNO empfahlen. Die verbreitete Skepsis vor Fremdbesatzung und Nation-Building schwächte jedoch ihren Einfluss, sodass selbst die CPA nach dem Scheitern des Pentagons eine Episode blieb. Erst 2006 akzeptierte Präsident Bush eine längere Stabilisierungs- und Entwicklungsmission, wie sie das Außenministerium zu Beginn gefordert hatte.

#### **(4) Norm und Nutzen**

Großbritannien: Die britische Regierung begründete ihre Kriegserklärung mit einem völkerrechtswidrigen Überfall der osmanischen Marine auf russische Häfen. Damit legitimierte Premierminister Asquith zunächst einen begrenzten Krieg zur Ahndung eines Rechtsbruchs. Diese Zurückhaltung endete bereits 1916 als die Neuordnung des Mittleren Ostens im Sykes-Picot-Abkommen zum Kriegsziel erhoben wurde. Doch erst als David Lloyd Geor-

ge dem Osmanischen Reich vorwarf eine tyrannische und somit illegitime Herrschaft auszuüben, wurde dies offenbar. Tatsächlich unterdrückten die Europäer aber selbst die Bevölkerung in der Region. Im Irak wurden Aufständische bekämpft, politische Gegner verhaftet und anti-demokratische Eliten gestützt. Somit rechtfertigte London die Irakpolitik zwar mit normativen Grundsätzen, ordnete diese aber eigenen Machtinteressen unter.

USA: Die amerikanische Regierung rechtfertigte ihren Krieg gegen den Irak mit dessen Verstößen gegen Rüstungs- und Kontrollbestimmungen der UNO, die Menschenrechte und mit Hilfsleistungen für Terroristen. Im Namen der Weltgemeinschaft müssten die USA den Irak entwaffnen und eine Tyrannei beenden. Um die Öffentlichkeit zu überzeugen, präsentierte die Regierung falsche Beweise über die Rüstungspolitik und die Terrorverbindungen des Irak. Nach dem erfolgreichen Feldzug musste die Irakpolitik daher allein mit dem Demokratieversprechen legitimiert werden. Doch Inkompetenz, Gewalt und die restriktive Kontrolle, die Teile der irakischen Bevölkerung von der Partizipation ausschloss, diskreditierten dieses Ziel. Im Ergebnis rechtfertigten ideelle Werte die Irakpolitik, die durch die repressive Besatzung konterkariert wurden.

### **(5) Kooperation und Konflikt**

Großbritannien: Im internationalen System brachten die Fehler der innerstaatlichen Entscheidungsfindung eine widersprüchliche Außenpolitik hervor. So erzeugten die Geheimabkommen mit den arabischen und französischen Partnern und das Bekenntnis zur amerikanischen Selbstbestimmungsdoktrin nach Kriegsende schwere Konflikte. Letztlich gelang es Großbritannien diese Gegensätze aufzulösen, indem die arabische Bewegung im Irak an die Regierung gebracht und Frankreich gemeinsam mit England vom ameri-

kanisch-initiierten Völkerbund als Schutzmacht vorübergehend anerkannt wurde. In das neue Regionalsystem ließen sich sogar die Türkei und Saudi-Arabien einbinden. Im Ergebnis konnte das Empire die osmanische Ordnung gewaltsam zerstören und kooperativ durch ein neues System ersetzen. Darin waren jedoch Konflikte enthalten, die im Irak und seinen Nachbarstaaten dauerhaft Instabilität schufen und die langfristig dem britischen Ansehen schaden.

USA: Auf der Ebene des internationalen Systems erzeugte die innerstaatliche Entscheidungsschwäche eine sprunghafte Außenpolitik. So legte die Regierung nicht fest, welche Rolle die Exiliraker im Irak erwarten durften und ob und wie sie die Interessen von Regionalmächten oder der UNO einbeziehen wollte. Die mangelnde Bindungsbereitschaft und Unberechenbarkeit führte zu Konflikten mit dem nationalen Souveränitätswunsch irakischer Politiker und dem Mitgestaltungsanspruch der UNO, des Irans, der Türkei und der Golfstaaten. Den Schwund an Kooperationsbereitschaft und Legitimation konnten die USA nicht mehr beheben. Die Konflikte mündeten letztlich im Rückzug der USA. Im Ergebnis schwächten die USA ihre eigene Macht im internationalen System. In der Region erzeugte die Intervention eine instabile Lage, in der die Gewaltausbrüche zwischen Parteien und Ethnien im Irak leicht zu Konflikten zwischen den Nachbarn führen können.

## 6 Synopsis

Die Analyse offenbart zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen den Interventionen. Mit Blick auf die Entscheidungsfindung fallen die fehlende Zusammenarbeit der Ministerien und die mangelnde Führung der Regierungschefs auf. Diese waren jeweils für die Entwicklung gegensätzlicher Handlungsop-

tionen verantwortlich. Der mangelnde Austausch erzeugte in der Lagebeurteilung beide Male ein Zerrbild. Denn in den Entscheidungszentren wurde nicht hinterfragt, ob die bedrohlichen Annahmen über das Verhalten der Machthaber im Irak und die Wahrnehmung von Chancen, die von politischen Stabilitätswünschen bis zu ideellen Visionen für eine Modernisierung des Iraks und der Region reichten, real waren. Die Aufspaltung der Regierung mündete auch in einen vergleichbaren Machtkampf um ähnliche Zielvorstellungen und Durchsetzungsstrategien. So wurde einerseits argumentiert, dass die regionalen Herrschaftsstrukturen notfalls mit Gewalt geändert und pro-westliche Kräfte an die Macht gebracht werden müssten. Andererseits wurde zunächst von einer Gewaltaktion abgeraten, die Repräsentativität lokaler Verbündeter bezweifelt und schließlich eine langjährige Besatzung empfohlen. Im Laufe der Entwicklung wurde die eigene Politik in beiden Fällen auch normativ aufgewertet. So wurde versucht, die Besatzungen humanitär zu rechtfertigen, was aber keine völkerrechtstaugliche Legitimation darstellte. Davon abgesehen hielten sich die westlichen Regierungen selbst nicht an ihre verkündeten Werte, da sie den neuen Irak nach eigenen Vorstellungen formten, missliebige Akteure unterdrückten und eine oligarchische Herrschaft stützten. Ferner wird deutlich, dass die innerstaatlichen Handlungen zu Konflikten in der internationalen Politik führten. Zudem übten die Strukturen des internationalen Systems einen entscheidenden Druck aus, wodurch überzogene Zielvorstellungen und ungeeignete Durchsetzungsstrategien in der Irakpolitik revidiert werden mussten.

Neben diesen zentralen Gemeinsamkeiten muss aber auch auf herausragende Gegensätze hingewiesen werden. So war der mangelnde Fokus des britischen Kabinetts angesichts der Randbedeutung des Iraks im Ersten Weltkrieg verständlich. Auch die Bedrohungswahrnehmung und die Kriegs-

legitimation Londons war angesichts der tatsächlichen osmanischen Aggression und den realen Bemühungen, einen Dschihad zu entfachen, nachvollziehbarer als die auf Unterstellungen gegründete Perzeption Washingtons. Ein deutlicher Unterschied ist in der britischen Kolonisierungsabsicht zu erkennen. Für die US-Regierung stand hingegen eine dauerhafte direkte Herrschaft nie zur Debatte. Entsprechend war das Leitprinzip ihrer Besetzung auch die Selbstermächtigung der Iraker (bottom-up), während im britischen Fall die Erziehung der Iraker (top-down) das zentrale Motiv war. Daher waren die USA auch nicht bereit, die Bevölkerung mit permanenter Gewalt gefügig zu machen. Vielmehr griffen sie nach 2006 zu Methoden des Peace-Keeping. Weiter sei angemerkt, dass die amerikanische Okkupation neben ihrem höheren Anspruch auch eine schwierigere Ausgangslage hatte. So musste 2003 im Gegensatz zu 1914 ein komplexer Staatsapparat für eine urbanisierte Gesellschaft wiederhergestellt werden. Die Besatzer hatten es jeweils mit unterschiedlichen Sozialstrukturen zu tun. Diese waren auch für die Unterschiede in der Ausprägung des Widerstands und der innerirakischen Konflikte verantwortlich. Ein letzter zentraler Unterschied ist die erfolgreichere Kooperation der britischen Regierung mit Außenstehenden, wie den arabischen Nationalisten, verbündeten Großmächten oder dem Völkerbund. Obgleich sich diese teilweise verraten fühlten, gelang es London dennoch, neue Wege der Kooperation auszuhandeln oder zu erzwingen. Dagegen fiel es den USA wesentlich schwerer Außenstehende über gemeinsame Interessen einzubinden und Gegenkräfte erfolgreich abzuwehren.

Trotz dieser Unterschiede lassen sich aus dem Vergleich der beiden Fälle wertvolle Analogien ableiten, die im Sinn des NRMS wiedererkennbare Probleme von westlichen Interventionen beschreiben können. Darunter sind:

- Die Gefahr der Informalität: In beiden Fällen wurden die Interventionen durch eine unklare Führung und Koordination im Kabinett fehlerhaft konzipiert.
- Der Gegner als Papiertiger: Die paradoxe Wahrnehmung von Gegnern als schwach und gleichzeitig existenzbedrohend erhöhte die Kriegsbereitschaft.
- Die Lösung des Gordischen Knotens: Die Militärinterventionen sollten eine Vielzahl komplexer Probleme lösen, was ihre Gestaltungsmacht überstieg.
- Das Freund-Feind-Schema: Beide Male wurden Besatzungsgegner moralisch diffamiert und als irrational abgetan, was Kompromisse unmöglich machte.
- Die exklusive Interaktion: Die Besatzer unterschätzten ihre Isolation und den Einfluss ihrer Gegner, da sie nur mit kooperativen Akteuren sprachen.
- Das ungewünschte Nation-Building: Die Besatzer stießen auf Ablehnung, da sie ihr eigenes Staatsverständnis den vorhandenen Strukturen oktroyierten.
- Oligarchie als Produkt: Die Besatzungen kreierten mit Scheichs oder ethno-Politikern neue Eliten, die sich auf authentische Machtstrukturen beriefen.



## 7 Literatur

- Bierling, S. (2010). *Geschichte des Irakkriegs. Der Sturz Saddam Husseins und Amerikas Alptraum im Mittleren Osten*. München: C.H. Beck.
- Bremer, P. (2006). *My Year in Iraq. The struggle to build a future of hope*. New York: Simon & Schuster.
- Brock, M., & Brock, E. (Hrsg.) (1982). *H.H. Asquith. Letters to Venetia Stanley*. Oxford: Oxford University Press.
- Busch, B.C. (1971). *Britain, India, and the Arabs 1914–1921*. Berkeley: University of California Press.
- Bush, G.W. (2006). President Bush's Remarks Upon Arrival in Utah. <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2006/08/20060830-10.html>. Zugegriffen: 06. Nov. 2013.
- Clayton, G. (1919). *Future Administration of Mesopotamia. Aspirations of certain Arab officers and other Mesopotamians now in Syria*. London: PRO FO 608/97.
- Cockburn, P. (2006). *The Occupation*. London: Verso.
- Daly, M. (1997). *The Sirda. Sir Reginald Wingate and the British Empire in the Middle East*. Philadelphia: American Philosophical Society.
- Dobbins, J., Jones, S., Runkle, B., & Mohandas, S. (2009). *Occupying Iraq. A History of the Coalition Provisional Authority*. Washington: RAND Corporation.

- Department of Defense (2002). Presentation 12<sup>th</sup> September 2002. The Case for Action. Washington: Department of Defense.
- Dodge, T. (2003). *Inventing Iraq. The Failure of Nation-Building and a History Denied*. New York: Columbia University Press.
- Donnelly, J. (2000). *Realism and International Relations*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Eisenstadt, M., & Mathewson, E. (Hrsg.) (2003). *U.S. Policy in Post-Saddam Iraq. Lessons from the British Experience*. Washington: Washington Institute of Near East Policy.
- Feickert, H. (2012a). Erinnerungen aus dem Krieg gegen den Terror. Die Memoiren von George W. Bush, Dick Cheney, Colin Powell, Donald Rumsfeld und Condoleezza Rice. *SOWI Thema* 1.
- Feickert, H. (2012b). *Westliche Interventionen im Irak. Die britische Irakpolitik (1914–1922) und die amerikanische Irakpolitik (2003–2009) im Vergleich*. Wiesbaden: Springer VS.
- Feith, D. (2008). *War and Decision. Inside the Pentagon at the Dawn of the War on Terrorism*. New York: HarperCollins Publishers.
- Fromkin, D. (2001). *A Peace to End All Peace. The fall of the Ottoman Empire and the creation of the modern Middle East*. New York: Henry Holt and Company.
- Fürtig, H. (2008). Déjà vu im Zweistromland. Das britische Mandat als „Blaupause“ des neuen Irak? *Internationale Politik*, 63 (1), 45–51.

- Hardinge, C. (1915). The Future Status and Administration of Basra. In Cabinet, Report of the Committee on Asiatic Turkey (Appendix V). London: PRO CAB 27/1.
- Hirtzel, A. (1914). Memorandum 2<sup>nd</sup> September 1914. London: BL L/P&S/10, 3136/14, No. 3439/14.
- Hudson, V., & Vore, C. (1995). Foreign Policy Analysis Yesterday, Today, and Tomorrow. *Mershon International Studies Review* 39 (2), 209–238.
- Iraq Body Count (2012): Documented Civilian Death From Violence. [www.iraqbodycount.net](http://www.iraqbodycount.net). Zugegriffen: 06. Nov. 2013.
- Keller, B. (2001, 25. Nov.). The World According To Powell. The New York Times. <http://www.nytimes.com/2001/11/25/magazine/the-world-according-to-powell.html>. Zugegriffen: 06. Nov. 2013.
- Keller, P. (2008). *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik. Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush*. Paderborn: Schöningh.
- Kindermann, G.K. (Hrsg.) (1977/1986). *Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung*. München: Piper.
- Kitchener, H. (1915). Alexandretta and Mesopotamia. Cabinet, Report of the Committee on Asiatic Turkey (Appendix X). London: PRO CAB 27/1.
- Kornprobst, M. (2007). Comparing Apples and Oranges? Leading and Misleading Uses of Historical Analogies. *Millennium: Journal of International Studies* 36 (1), 29–49.

- Majd, M.G. (2006). *Iraq in World War I. From Ottoman Rule to British Conquest*. Lanham: University Press of America.
- Marr, P. (1985). *The Modern History of Iraq*. Boulder: Westview Press.
- Meier-Walser, R. (2004). Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik. Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Konstellationsanalyse“. Aktuelle Analysen 35. <http://www.hss.de/downloads/aa35.pdf>. Zugegriffen: 06. Nov. 2013.
- Meier-Walser, R. (2010): Methodik der neorealistischen Konstellationsanalyse. In Masala, C. & Sauer, F. & Wilhelm, A. (Hrsg.), *Handbuch der Internationalen Politik*. (S. 227–235). Wiesbaden: VS Verlag.
- Moberly, F.J. (1923). *The Campaign in Mesopotamia 1914–1918. Vol. I–IV*. London: Imperial War Museum, Battery Press.
- Montague, E. (1920b). Memorandum 29<sup>th</sup> December 1920. London: PRO CAB 24/117.
- Montague, E. (1920a). Telegrams relating to Mesopotamian Situation. London: PRO CAB 24/110.
- Morgenthau, H. (1948). World Politics in the Mid-Twentieth Century. *The Review of Politics* 10, 154–173.
- Morris, P. (1987). Intelligence and its Interpretation. Mesopotamia 1914–1916. In Andrew, C. & Noakes, J. (Hrsg.), *Intelligence and International Relations 1900–1945* (S. 77–103). Exeter: Exeter University Publications.

- Paris, T. (1998). British Middle East Policy-Making after the First World War. The Lawrentian and Wilsonian Schools. *The Historical Journal* 41 (3), 773–793.
- Phillips, D. (2005). *Losing Iraq. Inside the Postwar Reconstruction Fiasco*. New York: Basic Books.
- Powell, C. (2012). *It Worked For Me. In Life and Leadership*. New York: Harper Collins.
- Ricks, T. (2006). *Fiasco. The American Military Adventure in Iraq*. New York: Penguin Press.
- Ricks, T., & DeYoung, K. (2008, 09. März). Ex-Defense Official Assails Colleagues over Run-Up to War. *The Washington Post*.  
[http://articles.washingtonpost.com/2008-03-09/news/36901788\\_1\\_intelligence-iraq-and-al-qaeda-war-and-decision](http://articles.washingtonpost.com/2008-03-09/news/36901788_1_intelligence-iraq-and-al-qaeda-war-and-decision).  
Zugegriffen: 06. Nov. 2013.
- Rose, G. (1998). Neoclassical Realism and Theories of Foreign Policy. *World Politics* 51 (1), 144–172.
- Rosenau, J. (1966). Pre-theories and Theories of Foreign Policy. In R. B. Farrell (Hrsg.), *Approaches in Comparative and International Politics* (S. 115–169). Evanston: Northwestern University Press.
- Roston, A. (2008). *The Man Who Pushed America To War. The Extraordinary Life, Adventures, and Obsessions of Ahmed Chalabi*. New York: Nation Books.

- Schweller, R. (2003). The progressiveness of neoclassical realism. In C. Elman & M. Fendius Elman (Hrsg.), *Progress in international relations theory. Appraising the field* (S. 311–347). Cambridge MASS: MIT Press.
- Schweller, R. (2006). *Unanswered Threats. Political Constraints on the Balance of Power*. Princeton NJ: Princeton University Press.
- Scudieri, J. (2004). Iraq 2003–4 and Mesopotamia 1914–18. A Comparative Analysis In Ends and Means. CSL Student Issue Paper Volume S04–07. <http://www.csl.army.mil/usacsl/Publications/S04-07.pdf>. Zugegriffen: 06. Nov. 2013.
- Siedschlag, A. (2001). Internationale Politik als skeptische Gegenwartswissenschaft und die Münchner Schule des Neorealismus. In A. Siedschlag (Hrsg.), *Realistische Perspektiven inter-nationaler Politik* (S. 13–66). Opladen: Leske + Budrich.
- Sluglett, P. (2007). *Britain in Iraq*. New York: Columbia University Press.
- Sluglett, P. (2008). Imperial Myopia: Some Lessons from Two Invasions of Iraq. *Middle East Journal* 62 (4), 593–609.
- Snyder, J. (1991). *Myths of Empire. Domestic Politics and International Ambition*. Ithaka NJ: Cornell University Press.
- Snyder, R., Bruck, H., & Sapin, B. (1954). *Decision-Making as an Approach to the Study of International Politics*. Princeton NJ: Princeton University Press.
- Sprout, H., & Sprout, M. (1965). *The Ecological Perspective on Human Affairs with Special Reference to International Politics*. Princeton NJ: Princeton University Press.

- Taliaferro, J. (2004). *Balancing Risks: Great Power Intervention in the Periphery*. Ithaca NJ: Cornell University Press.
- Tripp, C. (2003, Jan.) Iraq: The Imperial Precedent. *Le Monde Diplomatique*. <http://mondediplo.com/2003/01/02empire>. Zugegriffen: 06. Nov. 2013.
- Waltz, K. (1959). *Man, the State and War*. New York: Columbia University Press.
- Waltz, K. (1979). *Theory of International Politics*. Reading, MA: Addison Wesley.
- Waltz, K. (1996). International Politics Is Not Foreign Policy. *Security Studies* 6 (1), 54–57.
- Westrate, B. (1992). *The Arab Bureau. British Policy in the Middle East 1916–1920*. University Park: The Pennsylvania University Press.
- Williams, M. (2004). *The British Experience In Iraq From 1914–1926: What Wisdom Can The United States Draw From Its Experience?* Fort Leavenworth: U.S. Army Command and General Staff College.
- Wilson, A. (1919). Memorandum 15<sup>th</sup> November 1919. London: PRO CAB 24/96.
- Wohlforth, W. (1993). *The Elusive Balance. Power and Perceptions During the Cold War*. Ithaca NJ: Cornell University Press.
- Woodward, B. (2003). *Bush at War*. London: Simon&Schuster.
- Woodward, B. (2004). *Plan of Attack*. London: Simon&Schuster.

Woodward, B. (2006). *State of Denial*. New York: Simon&Schuster.

Woodward, B. (2009). *The War Within*. London: Pocket Books.

Zakaria, F. (1999). *From Wealth To Power. The Unusual Origins of America's World Role*. Princeton NJ: Princeton University Press.